



Sozialamt

-

Informationen nach Art. 14 EU-DSGVO

Das Landratsamt Freudenstadt - Sozialamt - hat zur Erfüllung seiner Aufgaben Ihre personenbezogenen Daten zu verarbeiten.

Bei der Erhebung und sonstigen Verarbeitung ist uns die Einhaltung der Anforderungen an die Sicherheit Ihrer Daten in höchstem Maße wichtig. Mit den folgenden Hinweisen möchten wir Sie daher über die wesentlichen Gegebenheiten rund um die Erhebung Ihrer Daten durch das Landratsamt Freudenstadt in Kenntnis setzen.

1. Verantwortliche Stelle

Landratsamt Freudenstadt, Sozialamt
Telefon 07441 920-0, Fax: 07441 920999900
E-Mail: sozialamt@kreis-fds.de
vertreten durch Herrn Landrat Dr. Klaus Michael Rückert,
vertreten durch Herrn Dürrschnabel (Leiter des Sozialamtes).

2. Kontaktdaten des behördlichen Datenschutzbeauftragten

Landratsamt Freudenstadt, Herrenfelder Straße 14, 72250 Freudenstadt
Tel: 07441 – 920 1060; Fax: 07441 – 920 991060
E-Mail: datenschutz@kreis-fds.de

3. Zwecke und Rechtsgrundlagen der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten

Das Landratsamt Freudenstadt hat umfassende Zuständigkeiten. Das Sozialamt ist dabei zuständig für die Aufgaben nach dem Sozialgesetzbuch - Zwölftes Buch - (SGB XII):

1. Hilfe zum Lebensunterhalt (§§ 27 bis 40),
2. Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (§§ 41 bis 46b),
3. Hilfen zur Gesundheit (§§ 47 bis 52),
4. Hilfe zur Pflege (§§ 61 bis 66a),
5. Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten (§§ 67 bis 69),
6. Hilfe in anderen Lebenslagen (§§ 70 bis 74)

Ihre personenbezogenen Daten werden dabei nur insoweit verarbeitet, soweit dies zur Wahrnehmung dieser Aufgaben und innerhalb der Zuständigkeit des Sozialamtes erforderlich und gesetzlich zulässig ist oder Sie ausdrücklich eingewilligt haben. Rechtsgrundlage der mit der Erfüllung der Aufgaben und Befugnisse des Landratsamtes verbundenen Datenverarbeitungsvorgänge sind dementsprechend Artikel 6 Absatz 1 Buchstaben a, c und e, Absatz 2 und 3 der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO), das Landesdatenschutzgesetz (LDSG) und die einschlägigen besonderen Vorschriften des § 35 Sozialgesetzbuch - Allgemeiner Teil - (SGB I) in Verbindung mit § 23 SGB IX und mit §§ 67 ff Sozialgesetzbuch - Sozialverwaltungsverfahren und Sozialdatenschutz - SGB X. Nach Abschluss des Verfahrens können die Daten zur Erfüllung anderer gesetzlicher Pflichten verarbeitet werden, etwa um gesetzlichen Aufbewahrungspflichten nachzukommen. Es gelten dann die Vorschriften der DS-GVO, des LDSG und besondere einschlägige gesetzliche Regelungen zur Aufbewahrung nach § 84 SGB X.

4. Kategorien der verarbeiteten personenbezogenen Daten

Zur Erfüllung dieser Zwecke werden folgende Kategorien Ihrer personenbezogenen Daten verarbeitet: Personenstammdaten.

5. Quelle Ihrer personenbezogenen Daten

Wir haben Ihre personenbezogenen Daten nicht bei Ihnen als betroffene Person, sondern auf eine andere Weise, namentlich bei anderen Stellen oder Personen oder aus einer öffentlich zugänglichen Quelle erhoben.

6. Kategorien der verarbeiteten personenbezogenen Daten

6.1. Innerhalb des Landratsamtes erhalten nur Personen Zugang zu Ihren personenbezogenen Daten, die für die Durchführung des Verfahrens, in welchem Ihre Daten relevant und notwendig sind, oder nach dessen Abschluss für die Führung und Aufbewahrung der Verfahrensakten zuständig sind, namentlich die jeweiligen Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter, sowie ggf. die zugeordneten Sekretariate, Amtsleitungen, Dezernenten und der Landrat.

Für die Erledigung unserer Aufgaben benutzen wir IT-gestützte Fachverfahren (Software), in die Ihre Daten eingegeben werden. Dabei arbeiten wir auch mit anderen ausgewählten Dienstleistern zusammen, die personenbezogene Daten in unserem Auftrag verarbeiten, namentlich Iteos in Heidelberg als Anstalt des öffentlichen Rechts in gemeinsamer Trägerschaft von Land und Kommunen, über das wir unsere Ein- und Ausgaben abwickeln. Diesen werden Ihre personenbezogenen Daten, soweit erforderlich, offengelegt.

6.2. An Stellen außerhalb des Landratsamtes übermitteln wir Ihre personenbezogenen Daten ausschließlich im Einzelfall, soweit es für unsere oder deren Aufgabenerfüllung erforderlich ist. Dabei gelten die Übermittlungsgrundsätze des § 67d SGB X. So sind in folgenden Fällen gesetzliche Übermittlungsbefugnisse vorgesehen:

- Erhebung und Bekämpfung von Leistungsmissbrauch und illegaler Ausländerbeschäftigung nach § 67e SGB X an die Behörden der Zollverwaltung
- Übermittlung für Aufgaben der Polizeibehörden, der Staatsanwaltschaften, Gerichte und der Behörden zur Gefahrenabwehr an diese nach § 68 SGB X,
- Übermittlung für die Erfüllung sozialer Aufgaben nach § 69 SGB X an eine in § 35 SGB I genannte Stelle, für die Durchführung eines mit der Erfüllung einer Aufgabe nach Nummer 1 zusammenhängenden gerichtlichen Verfahrens einschließlich eines Strafverfahrens oder für die Richtigstellung unwahrer Tatsachenbehauptungen der betroffenen Person im Zusammenhang mit einem Verfahren über die Erbringung von Sozialleistungen; die Übermittlung bedarf der vorherigen Genehmigung durch die zuständige oberste Bundes- oder Landesbehörde.
- Übermittlung für die Durchführung des Arbeitsschutzes nach § 70 SGB X an die Gewerbeaufsicht
- Übermittlung für die Erfüllung gesetzlicher Pflichten und Mitteilungspflichten nach § 71 SGB X
 - zur Abwendung geplanter Straftaten nach § 138 des Strafgesetzbuches an die Strafvollzugsbehörden,
 - zur Sicherung des Steueraufkommens nach § 22a des Einkommensteuergesetzes und den §§ 93, 97, 105, 111 Absatz 1 und 5, § 116 der Abgabenordnung und § 32b Absatz 3 des Einkommensteuergesetzes, soweit diese Vorschriften unmittelbar anwendbar sind, und zur Mitteilung von Daten der ausländischen Unternehmen, die auf Grund bilateraler Regierungsvereinbarungen über die Beschäftigung von Arbeitnehmern zur Ausführung von Werkverträgen tätig werden, nach § 93a der Abgabenordnung, an das Finanzamt
 - zur Überprüfung der Voraussetzungen für die Einziehung der Ausgleichszahlungen und für die Leistung von Wohngeld nach § 33 des Wohngeldgesetzes an die Wohngeldbehörden,
 - zur Bekämpfung von Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung nach dem Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz an die Behörden der Zollverwaltung
 - zur Erfüllung der Aufgaben der statistischen Ämter der Länder und des Statistischen Bundesamtes gemäß § 3 Absatz 1 des Statistikregistergesetzes zum Aufbau und zur Führung des Statistikregisters an das zuständige Landes- und Bundesamt,
 - zur Erfüllung der Aufgaben der Deutschen Rentenversicherung Bund als zentraler Stelle nach § 22a und § 91 Absatz 1 Satz 1 des Einkommensteuergesetzes, an die deutsche Rentenversicherung,
 - zur Erfüllung der Aufgaben der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See, soweit sie bei geringfügig Beschäftigten Aufgaben nach dem Einkommensteuergesetz durchführt,
 - zur Erfüllung der Aufgaben des Statistischen Bundesamtes nach § 5a Absatz 1 in Verbindung mit Absatz 3 des Bundesstatistikgesetzes.
- Übermittlung für den Schutz der äußeren und inneren Sicherheit nach § 72 SGB X an die Behörden für Verfassungsschutz, des Bundesnachrichtendienstes, des Militärischen Abschirmdienstes und des Bundeskriminalamtes
- Übermittlung für die Durchführung eines Strafverfahrens nach § 73 SGB X an die Behörden des Strafvollzuges nach Anordnung durch eine(n) Richter(in).
- Übermittlung bei Verletzung der Unterhaltspflicht und beim Versorgungsausgleich nach § 74 SGB X für die Durchführung eines gerichtlichen Verfahrens oder eines Vollstreckungsverfahrens wegen eines gesetzlichen oder vertraglichen Unterhaltsanspruchs oder eines an seine Stelle getretenen Ersatzanspruchs

sowie für die Geltendmachung eines vertraglichen oder gesetzlichen Unterhaltsanspruches an die Strafvollzugsbehörden oder an das zuständige Gericht.

- Übermittlung zur Durchsetzung von öffentlich-rechtlichen Ansprüchen und im Vollstreckungsverfahren von Ansprüchen über 500,00 € nach § 74a SGB X an öffentliche Stellen.

In diesen Fällen gilt nach § 78 SGB X die Zweckbindung und Geheimhaltungspflicht des Dritten, an den die Daten übermittelt wurden.

7. Dauer der Speicherung

Personenbezogene Daten, die im Rahmen eines Verfahrens erhoben wurden, werden in die Verfahrensakten aufgenommen. Die Speicherfristen für die Verfahrensakten bestimmen sich nach den besonderen, oben genannten Regelungen.

8. Betroffenenrechte

Zum Schutz Ihrer personenbezogenen Daten stehen Ihnen folgende Rechte zur Verfügung:

- Recht auf Widerruf einer Einwilligung, Artikel 7 Abs. 3 DS-GVO,
- Recht auf Auskunft, Artikel 15 DS-GVO
- Recht auf Berichtigung, Art. 16 DS-GVO
- Recht auf Löschung, Art. 17 DS-GVO
- Recht auf Einschränkung, Art. 18 DS-GVO
- Widerrufsrecht gemäß Artikel 21 DS-GVO: Im Falle einer Einwilligung haben Sie gemäß Artikel 21 DS-GVO das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, gegen die Verarbeitung Sie betreffender personenbezogener Daten Widerspruch einzulegen, ohne dass jedoch die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung berührt wird.

9. Recht auf Beschwerde bei dem Landesbeauftragten für den Datenschutz, Artikel 77 DS-GVO

Wir nehmen den Schutz Ihrer personenbezogenen Daten sehr ernst. Mit Ihrem Anliegen bezüglich Ihrer von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten können Sie sich jederzeit an uns wenden.

Es steht Ihnen aber auch frei, sich mit einer Beschwerde an den Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit
Königstraße 10a
70173 Stuttgart
Tel: 0711 – 6155410
Email: Poststelle@lfdi.bwl.de
zu wenden.